

Unsere Themen zur Bundestagswahl:

Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. Wir sind dran!

Gemeinsam mit über 500.000 jungen Gewerkschaftsmitgliedern setzen wir uns für unser Recht auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung, einen guten Start in das Berufsleben und eine Zukunft mit Sicherheit und Perspektiven ein. Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten stehen die Verbesserung der Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen junger Menschen. Vor diesem Hintergrund haben wir die ausführlichen Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien betrachtet, mit welchen diese Parteien in den Bundestagswahlkampf ziehen. Die Positionen und Forderungen der Parteien haben wir zu unseren zentralen Kernthemen aus den Bereichen – Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. – zum Vergleich einzeln gegenüber gestellt.



Gute Ausbildung

Gute Ausbildung. Gute Bildung ist wichtig, denn nur mit ausreichend Fachwissen und relevanten praktischen Erfahrungen haben wir die Chance, auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft zu bestehen. Der globale Arbeitsmarkt verlangt nach qualifizierten Fachkräften. Wer keinen Ausbildungsplatz findet oder nur eine mangelhafte Ausbildung durchläuft, hat es auf dem Arbeitsmarkt schwer. Daher steht die Gewerkschaftsjugend für ein Bildungssystem, das alle Menschen gemäß ihrer individuellen Stärken und Potentiale fördert – unabhängig von familiärem Hintergrund oder sozialer Herkunft. Deshalb fordern wir: Ein Grundrecht auf Ausbildung, eine Ausbildungsplatzumlage, Hände weg vom Jugendarbeitschutzgesetz, faire Bedingungen für Studierende und faire Praktika.



	Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Ausbildungsplätze	Neue Ausbildungsplätze sind das vorrangige Ziel von CDU und CSU. Um zu erreichen, dass jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz erhält, setzt die Union auf die Fortführung des Ausbildungspaktes mit der Wirtschaft.	Die SPD will den Ausbildungspakt weiterentwickeln und bleibt beim Ausbildungsbonus für Jugendliche, die schon länger eine Lehrstelle suchen. Sie fordert eine Berufsausbildungs-garantie in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Den Übergang von der Schule zum Arbeitsleben will die SPD neu ordnen und aus Warteschleifen übersichtliche Wege von der Schule in die Ausbildung machen.	Zu dem Thema Ausbildungsplätze macht die FDP keine Aussagen in ihrem Wahlprogramm.	Ziel der Linken ist ein auswahlfähiges Ausbildungsangebot im dualen System, das durch die Ausbildungsplatzumlage realisiert werden soll.	Die Grünen stehen für die Umsetzung des Rechts auf einen Ausbildungsplatz, indem das duale System um überbetriebliche Zentren erweitert werden soll. Die Ausbildungskosten sollen durch Umlagesysteme zwischen ausbilden-den und nicht ausbildenden Betrieben verteilt werden.

Gute Ausbildung

	Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Ausbildungsqualität	Die Union hält am dualen System fest, welches durch die kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen angepasst werden soll.	Die SPD steht zum dualen System und möchte die Ausbildungsberufe modernisieren. Dabei soll die betriebliche Ausbildung, die mit einem akademischen Studium verbunden ist, weiter ausgebaut werden.	Die FDP möchte die duale Berufsausbildung flexibler und modular aufgebaut gestalten durch berufsfeldbreite Grundmodule und durch Kernmodule, in denen berufstypische Inhalte vermittelt werden. Jugendliche mit Lernschwierigkeiten sollen sich durch den Abschluss von zertifizierten Ausbildungsmodulen nachträglich qualifizieren können.	Die Linke will eine gute Ausbildung sichern. Dazu zählen für sie u.a. die tarifliche Vereinbarung der Ausbildungsentgelte sowie die Gleichstellung von außer- und überbetrieblichen Ausbildungen mit den betrieblichen. So genannte Schmalspurausbildungen und Warteschleifen sollen abgeschafft werden und die Qualität durch eine Reformierung in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Linke möchte den Jugendarbeiterschutz ausbauen.	Die Berufsausbildung soll durch eine Modularisierung flexibler gestaltet werden. Abschlüsse von vollschulischen Ausbildungen sollen von den Kammern bundesweit anerkannt werden. Durch zusätzlichen Unterricht soll während der Ausbildungszeit das Fachabitur erreicht werden können. Jugendliche mit Lernschwierigkeiten sollen ihre Ausbildung verlängern können und durch begleitende Hilfen unterstützt werden.
Praktikum	Zu dem Thema Praktikum machen CDU und CSU keine Aussagen in ihrem Wahlprogramm.	Die SPD will eine rechtlich bessere Absicherung von PraktikantInnen gegen deren Ausnutzung als billige oder gar kostenlose Arbeitskräfte.	Zu dem Thema Praktikum macht die FDP keine Aussagen in ihrem Wahlprogramm.	Die Linke fordert eine klare gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen. Berufseinstiege sollen über reguläre Arbeitsverhältnisse gesichert werden. Praktika sollen mit mindestens 300 Euro pro Monat vergütet werden.	Die Grünen fordern ein faires Praktikum als Ausbildungsverhältnis. Sie stehen für gesetzliche Mindeststandards wie für einen Praktikumsvertrag, einer Bezahlung von mindestens 300 Euro monatlich, einen Anspruch auf Urlaub und auf eine zeitliche Begrenzung.

Gute Arbeit

Gute Arbeit. Sicherheit und Planbarkeit sind Grundlagen für gute Arbeitsverhältnisse, Sicherheit und Planbarkeit. Die Realität sieht oft anders aus. Der Einstieg in das Berufsleben erfolgt immer häufiger über befristete, schlecht bezahlte und unsichere Jobs, wie unbezahlte Praktika, Leiharbeit... Junge Menschen brauchen aber auch eine Perspektive. Daher fordern wir und kämpfen für: Arbeitsverhältnisse mit angemessenem Einkommen, tarifvertragliche Absicherungen, Mitbestimmung in Unternehmen, für einen guten Einstieg in das Berufsleben, für die Übernahme aller Auszubildenden, für gleiches Geld für gleiche Arbeit und für Weiterbildung und Aufstiegschancen.



	Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Mindestlohn	CDU und CSU sind gegen die Einführung eines einheitlichen, gesetzlich geregelten Mindestlohns.	Die SPD steht für die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns mit einer Orientierungsmarke von 7,50 Euro.	Die FDP spricht sich gegen die Einführung von Mindestlohnmodellen aus. Sie steht für ein Bürgergeld, das ausgleichend zu Niedriglöhnen gezahlt werden soll.	Die Einführung eines flächendeckenden und existenzsichernden Mindestlohns von 10 Euro ist Ziel der Linken. Branchenbezogene höhere tarifliche Mindestlöhne sollen für allgemeinverbindlich erklärt werden.	Die Grünen wollen einen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro. Davon sollen höhere Mindestlöhne in anderen Branchen unberührt bleiben.
Leiharbeit	Zu dem Thema Leiharbeit machen CDU und CSU keine Aussagen in ihrem Wahlprogramm.	Die SPD will Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit soll für die Arbeit in demselben Unternehmen der Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« gelten.	Zu dem Thema Leiharbeit macht die FDP keine Aussage in ihrem Wahlprogramm.	Die Linke will Leiharbeit bei einer maximalen Ausleihdauer von 6 Monaten strikt begrenzen. Leiharbeiter sollen gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn erhalten.	Die Grünen wollen eine komplette Mitbestimmung des Betriebsrates beim Einsatz von LeiharbeiterInnen. LeiharbeiterInnen sollen vom ersten tag an wie die Stammbesellschaft behandelt und bezahlt werden.

Gute Arbeit

Mitbestimmung

Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Zu dem Thema Mitbestimmung machen CDU und CSU keine Aussagen in ihrem Wahlprogramm.	<p>Für die SPD ist die Mitbestimmung ein wichtiger Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft.</p> <p>Die SPD will die Mitbestimmung bei Fragen der Aus- und Weiterbildung im Betrieb ausbauen. Den Betriebsräten soll ein Mitbestimmungsrecht verschafft werden, damit sie in ihrem Betrieb mehr Ausbildungsplätze durchsetzen können.</p> <p>Die SPD will die Mitbestimmung beim Einsatz von Zeitarbeit weiter stärken.</p>	<p>Die FDP möchte die betriebliche Mitbestimmung begrenzt wissen und die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduzieren. So soll beispielsweise ein Betriebsrat in einem Unternehmen erst ab 20 Beschäftigten gebildet werden können.</p> <p>Außerdem möchte die FDP die paritätische Mitbestimmung durch eine Drittelparität für Gewerkschaften ersetzen.</p>	<p>Die Linke steht für den Ausbau der Mitbestimmung. Sie möchte die Beteiligung von abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften an wesentlichen Unternehmensentscheidungen stärken.</p> <p>Sie möchte die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten verbessern, den »Antistreikparagrafen« abschaffen, das Streikrecht auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen ausweiten und ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zum Schutz geltender Tarife einführen sowie das Recht auf politischen Streik durchsetzen.</p>	<p>Die Grünen wollen die Arbeitnehmerseite in Zukunft bei Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen stärken.</p> <p>Betriebsräte sollen über den Einsatz von LeiharbeiterInnen mitbestimmen können.</p> <p>Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte soll die paritätische Mitbestimmung gelten. Bei 200 bis 1.000 MitarbeiterInnen soll die drittelparitätische Mitbestimmung gelten.</p>

Gutes Leben

Gutes Leben. Das Grundrecht auf Bildung und Ausbildung und die soziale Gestaltung der Erwerbsarbeit stehen für ein gutes Leben im Mittelpunkt und sind daher von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Wir machen uns stark für eine Gesellschaft, die uns schützt, teilhaben lässt und echte Chancen für Sicherheit und Perspektiven bietet.



Work Life Balance

	Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
	<p>CDU und CSU sehen Kindererziehung und Pflege von Angehörigen als Aufgabe von Männern und Frauen an. Ihre Forderung ist, dass Unternehmen dementsprechend Karrierestrukturen anbieten.</p> <p>Darüber hinaus wollen CDU / CSU den Ausbau von qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, Ganztagschulen und Angebote für pflegebedürftige Angehörige schaffen.</p>	<p>Die SPD steht für den Ausbau von der Kindertagesbetreuung mit dem Ziel, einen Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung vom ersten Lebensjahr an zu gewährleisten. Die SPD steht für den Ausbau von Betriebskindergärten, für einen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und für die Ausweitung des Elterngeldes auf 16 Monate.</p> <p>Die SPD will nötige Rahmenbedingungen für mehr Familienzeit und gesellschaftliches Engagement durch den Einsatz von Langzeitkonten für Beschäftigte schaffen.</p>	<p>Die FDP steht für die Schaffung von ausreichend zeitlich flexiblen und qualitativ guten Kinderbetreuungsangeboten in Einrichtungen und bei Tagesmüttern und -vätern.</p> <p>Darüber hinaus möchte sie schrittweise die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung abschaffen, um Familien zu entlasten und die Bedeutung von vorschulischer Bildung zu unterstreichen.</p>	<p>Die Linke steht für Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und individueller Lebensgestaltung.</p>	<p>Die Grünen wollen einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige und ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr.</p> <p>Beim Elterngeld wollen die Grünen einen bedarfsgerechten Sockelbetrag für Geringverdienende und Studierende einführen.</p> <p>Um Familie und Beruf besser verbinden zu können, wollen die Grünen flexible Arbeitszeitmodelle durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten. Berufstätige sollen für die Organisation der familiären Pflege zeitlich begrenzt frei nehmen können.</p>

Gutes Leben

	Union	SPD	FDP	Linke	Grüne
Hartz IV	<p>Zu dem Thema Hartz IV machen CDU und CSU keine Aussagen in ihrem Wahlprogramm.</p>	<p>Das »Schonvermögen« für Hartz-IV-Empfänger soll steigen. Für Geringverdiener sind staatliche Zuschüsse vorgesehen. Außerdem möchte die SPD Verbesserungen für ältere Arbeitnehmer bei der Rente mit 67.</p>	<p>Statt Hartz IV möchte die FDP ein Bürgergeld von monatlich 662 Euro einführen. Das Bürgergeld ist für alle vorgesehen, die nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Voraussetzung für das Bürgergeld sollen Bedürftigkeit und bei Erwerbsfähigkeit, bzw. die Bereitschaft zur Aufnahme einer Beschäftigung sein. Bei Ablehnung einer als »zumutbar« bezeichneten angebotenen Arbeit wird das Bürgergeld gekürzt.</p>	<p>Die Linke steht für die Abschaffung von Hartz IV zugunsten eine bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung. Sie möchte die Gleichbehandlung aller Erwerbslosen und die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse.</p>	<p>Die Grünen wollen die Hartz-IV-Regelsätze für alle Erwachsenen sofort auf 420 Euro anheben. Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche sollen auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt werden, die die tatsächlichen Bedarfe berücksichtigen und sie entsprechend anheben.</p>
Kampf gegen Rechts	<p>CDU und CSU wollen die Ursachen von rechten Einstellungen bekämpfen durch die Stärkung der Bürgergesellschaft, der Unterstützung von demokratischen politischen Nachwuchsverbänden und durch die Unterstützung von Aussteigerprogrammen.</p>	<p>Die SPD möchte Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen bekämpfen. Sie steht für eine Jugendpolitik mit präventivem Ansatz und einem Schwerpunkt in Schulen und in der Jugend- und Bildungsarbeit. Außerdem setzt sie auf arbeitsmarktpolitische Programme, die Integration, Bildung und Arbeitsmarktchancen verbinden und auf besondere Aktivitäten für Städte und Stadtteile, wo vermehrt Rechtsextreme auftreten. Weiter möchte die SPD das Engagement für Demokratie und Toleranz nachhaltig und kontinuierlich unterstützen. Die SPD strebt ein Verbot der NPD an.</p>	<p>Die FDP bekämpft politischen Extremismus jeder Art. Zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus bei Jugendlichen schlägt sie eine »Drei-Säulen-Initiative« vor: Intensivierung von Aussteigerprogrammen, Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene hinsichtlich schulischer und beruflicher Qualifizierung und Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit. Darüber hinaus spricht die FDP sich für die Bekämpfung von Antisemitismus und Antiislamismus aus sowie gegen jede Form von religiösem Fundamentalismus.</p>	<p>Die Linke will rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich verfolgen und konsequent ahnden und ein NPD-Verbotverfahren einleiten. Sie steht für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und von Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus. Sie fordert die Einrichtung einer unabhängigen Beobachtungsstelle zu den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.</p>	<p>Die Grünen stehen für die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Rechtsextremismus soll geächtet werden und mit allen rechtstaatlichen Mitteln unterbunden werden. Sie setzen auf demokratische Netzwerke gegen Rechtsextremismus und wollen rechte Strukturen transparent machen. Informationen über die Nazizeit und Gedenken sollen gefördert werden. Die Grünen wollen ein neues NPD-Verbotverfahren prüfen lassen.</p>

Wir empfehlen:

Gemeinsam gewinnen durch: Zusammenhalten!
Gewerkschaftlich engagieren! Wählen gehen!



Impressum

Herausgeber:
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand Bereich Jugend
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Redaktion: DGB Bundesvorstand, Bereich Jugend
Gestaltung: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de
Erscheinungsdatum: August 2009
Fotos: photocase.com